

Krafer Zeitung

Nr. 204.

Donnerstag den 7. September

1865.

Die „Krafer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafer 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., rev. 1 fl. 33 Mr., einzelne Nummern 5 Mr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Casse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen in Amtsblätter für die vierjährige Zeit 5 Mr., im Anzeigebblatt für die erste Einrückung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. — Inserats-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 20. August d. J. geruht, den Oberfinanzrath und Finanzbezirksdirector der Landeshauptstadt Prag Anton Machotta in das Gremium der böhmischen Finanzlandesdirection zu berufen, zum Finanzbezirksdirector der Landeshauptstadt Prag mit dem Titel und Charakter eines Oberfinanzrathes den Finanzrath Jacob Faunschmidt zu ernennen und weiter eine im Gremium der böhmischen Finanzlandesdirection erledigte Oberfinanzrathstelle dem dortigen Finanzrath August Schmidt allergnädigst zu verleihen.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 26. August d. J. die Gräfin Glotilde Stom in zur Ehrenname des freiweltlich adeligen Damenstitles Maria-Schul in Brünn allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. August d. J. die Errichtung eines Honorar-Consulates in Wittenberge zu genehmigen und den Kaufmann Gustav Adolf Hofmann zum unbesoldeten Consul daselbst mit dem Rechte zum Bezuge der tarifmäßigen Consulargebühren allergnädigst zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krafer, 7. September.

Ein Pariser Blatt erinnert daran, daß das Berliner Cabinet den Unterzeichnern der Wiener Schlussacte eine die Erwerbung Lauenburgs betreffende Communication zu machen habe, und es fügt hinzu, daß die Rückübertragung Englands und Frankreichs das Resultat einer vorläufigen Verhandlung sein werde. Ganz aus der Luft gegriffen, schreibt ein Pariser Correspondent „N. D. Z.“, ist dies nicht; die englische Diplomatie hat, wie ich von zuverlässiger Seite weiß, bereits in Paris zu hohem und zu hegen angefangen. Das englische Cabinet möchte irgend eine passende Gelegenheit finden, um gemeinschaftlich mit dem Tuilerien-Cabinet den beiden deutschen Großmächten etwas Unangenehmes zu sagen. Bis jetzt hat die französische Regierung, trotz der Toaste von Cherbourg und Plymouth, nicht gemeint, sich in einem solchen Sinne von England bestimmen zu lassen. Dagegen sind Vorbehalte von Seiten Frankreichs in dem Falle möglich, daß Schleswig in den deutschen Bund aufgenommen werde, ohne daß der dänisch redende Theil der Bevölkerung an Dänemark zurückgefallen sei. Ich halte Vorbehalte und nicht Protestation. (Wie die „Presse“ wissen will, hat die englische Regierung auf die Notification der Gasteiner Uebereinkunft bereits geantwortet und soll ernste Bedenken über die Zerstückung der untheilbaren Herzogthümer ausgesprochen haben.)

Es wird die Nachricht verbreitet, Herr von Bismarck werde dem Tuilerien-Cabinet das Zugeständniß machen, oder habe es ihm bereits gemacht, darin zu willigen, daß die definitive Lösung der schleswig-holsteinischen Frage auf eine europäische Conferenz verlegt werde. Diese Nachricht ist nun aber ganz und gar unglauwürdig, denn es geschah gerade auf den Antrag des Herrn v. Bismarck, daß die beiden deutschen Großmächte sich gegenseitig verpflichteten, nach wie vor die schleswig-holsteinische Angelegenheit als eine innere, eine deutsche aufzufassen und zu schlichten, dieselbe nur unter sich, und wo möglich mit dem Bunde zu Ende zu führen, und die Einmischung des Auslandes nicht zuzulassen. In diesem Sinne ist auch die Notification der Gasteiner Uebereinkunft an auswärtige Cabinete gehalten, und die betreffende Abmachung dürfte den ganzen Inhalt der vielbesprochenen geheimen Artikel von Gastein-Salzburg ausmachen.

Obwohl die Art, wie die „Wiener Abendpost“ gestern in ihrer Journal-Revue des Gerüchtes von dem angeblichen geheimen Artikel der Conventione Erwähnung that, kein eigentliches Dementi enthielt, so ist, schreibt die „Presse“, doch kaum daran zu zweifeln, daß geheime Punctationen neben den publicirten nicht existiren. Man hält ein ausdrückliches Dementi, wie es scheint, schon deshalb für überflüssig, weil überhaupt auf das bestimmteste erklärt worden, daß in Gastein bezüglich der Regelung des Definitivums gar keine Vereinbarung getroffen worden. In dessen ist es sehr wahrscheinlich, daß die Frage des Definitivums zu Gastein im mündlichen Ideen-Austausche ventilirt worden, und aus diesen Conversationen das circulirende Gerücht entstanden sei. Ein durch seine, die Situation stets epigrammatisch charakterisirenden Sentenzen bekannter süddeutscher Diplomat präcise die Gasteiner Ergebnisse folgendermaßen: „Es wurde bezüglich des Definitivums in Gastein viel gesprochen, nichts versprochen, viel geredet, nichts verabredet.“ Daß die Mittelstaaten sich für eine Action vorbereiten, darauf scheint auch die Rundfahrt des Herrn von Beust hinzudeuten. Derselbe, der sich gegenwärtig in München befindet, begibt sich

von dort nach Stuttgart, dann nach Karlsruhe und später nach Darmstadt und Frankfurt.

Nach Berichten aus München ist der k. sächsische Gesandte am Hofe des Kaisers Napoleon, v. Seebach, in besonderer Mission am 2. d. dort eingetroffen. Nach einer längeren Unterredung mit dem Minister des Aeußern begab er sich zu dem am k. Hofe beglaubigten Vertreter Sachsens, v. Könniger, nach Sternberg, und reiste, von dort wieder zurückgekehrt, unverzüglich nach Wien ab. Hiermit steht wahrscheinlich die Reise des Herrn v. Beust in Verbindung.

Die „Köln. Z.“ läßt sich aus Paris melden, daß die Enthüllungen der „Morn. Post“ durch amtliche Depeschen von auswärts dementirt worden sind.

Die Nachricht, daß Oesterreich in den Herzog von Augustenburg gedrungen sei, oder dringen werde, Holstein zu verlassen, wird der „Debatte“ von unterrichteter Seite als vollständig aus der Luft gegriffen bezeichnet, wie es denn auch schwer begreiflich sein würde, daß es in demselben Augenblick, wo es in Holstein allein und selbstständig verfaßt, eine Maßregel sollte provociren wollen, deren Berechtigung es, so lange auch Preußen dort eine Stimme hatte, fortgesetzt bekämpft hat.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Der Bericht des Prebagenten Hansen zu Paris über Verhandlungen in Betreff der Rückübertragung Nord-Schleswigs trägt das Gepräge der Erstundung an sich. Es scheint daher überflüssig zu versuchen, daß die in demselben mit Bezug auf den Ministerpräsidenten Herrn v. Bismarck erwähnten Thatsachen reine Phantastereien sind.

Die Demonstration der Schleswiger in Kopenhagen, schreibt man der „Presse“ aus Berlin, hat nicht verfehlen können, in unseren politischen Kreisen einiges Aufsehen zu erregen. Seit etwa zehn bis vierzehn Tagen wußte man hier, und selbstverständlich auch in den Herzogthümern, daß die Propaganda der national-dänischen Partei für diese Demonstration thätig war. Wie wir erfahren, verlangte Herr Heydebrandt von der Raja, preußischer Gesandter in Kopenhagen, Instructionen betreffs seiner Haltung, und urgirte gleichzeitig, daß die Behörden in Schleswig ein Verbot der Demonstration erlassen sollen. Es scheint nicht, daß dieser Rath den Beifall unseres Leiters der auswärtigen Politik fand, obwohl die Gider-Preußen in Schleswig nicht versäumt haben, Herrn v. Jeddig in Kenntniß zu setzen, daß die Agitation über die Schranken gehe, welche das spezifische Preußenthum der dänischen Agitation ziehen müsse. Wir können hinzufügen, daß aus Kopenhagen selbst ähnliche Briefe an einflussreiche hiesige Persönlichkeiten gelangten, daß aber in Regierungskreisen der Grundgedanke des laissez faire auf andere Ziele schließen läßt.

Auf dem Gebiete der italienischen Frage scheint sich in den letzten Wochen Manches geändert zu haben und wird als bestimmt behauptet, daß die italienische Regierung die Absicht, die Verhandlungen mit Rom wieder aufzunehmen, definitiv aufgegeben habe. Diese Deutung wird auch der Erstundung Lanzas durch Natoli, welcher im Ministerrathe stets ein Gegner der römisch-italienischen Verhandlungen war, gegeben.

Die Madrider „Epoca“ bestreitet abermals, daß die Anerkennung Italiens von Seiten Spaniens durch den Einfluß Frankreichs zu Stande gekommen sei. Als Beweis führt sie an, daß eine gemeinsame Action Frankreichs und Spaniens in Italien allerdings in den Tuilerien erwünscht gewesen sei; doch habe man gerade im gegenwärtigen Augenblicke es schwerlich als dem französischen Interesse entsprechend angesehen, daß die Anerkennung Italiens durch Spanien in so absoluter Form und in so kurzer Frist vor sich gegangen sei. Vielleicht hätten gewisse Vorbehalte von Seiten Spaniens die Wiederausöhnung zwischen Rom und Florenz gefördert. Die „Epoca“ wünscht, daß die Zusammenkunft in Saragossa günstige politische Resultate für das Papstthum haben möge.

Dem „Napredak“ wird unterm 27. Juli aus Sarajewo geschrieben, daß nach einem an demselben Tage angelangten kaiserlichen Ferman eine Conscriptio zum Schrecken der Bosnier angeordnet worden und für die neue Armee bereits auch die nöthige Anzahl Gewehre angelangt sei.

Dem canadischen Parlament sind die Pläne und Kostenanschläge der internationalen Eisenbahn vorgelegt worden; die empfohlene Route über den Wolfsfluß, die Chaleur-Bucht, Frederiction und Victou nach Halifax wird 55 Millionen Dollar kosten, d. i. 40,000 Dollar pr. Meile.

Nach Berichten aus New-York wurden Verjuche gemacht, die Flucht des Jefferson Davis aus dem Fort Monroe zu begünstigen. Bereitwillig führten sie nur dahin, daß man den Expräsidenten der Südstaaten noch strenger als zuvor bewacht.

Auch die croatische Hofkanzlei ist mit einem Rundschreiben an die Comitatsleiter hervorgetreten. Das Rundschreiben berührt die schwebenden staatsrechtlichen Fragen nur insofern, als die Erfolglosigkeit des letzten croatischen Landtages dem Februarpatente in die Schuhe geschoben wird. Herr v. Mazurancic, der auch unter Schleswig croatischer Hofkanzler war, schreibt nämlich: Die Schuld, daß die Lösung der staatsrechtlichen Fragen und die dadurch zu bewerkstellende Consolidirung des Landes und der Comitatsautonomie nicht mit gewünschtem Erfolge von Statten ging, wird Niemand einem etwaigen gegnerischen, dahin abzielenden Thun und Lassen zuschreiben wollen, weil dies lediglich in den kurz nach dem Octoberdiplom eingetretenen unvorhergesehenen staatsrechtlichen Verhältnissen seinen Grund hat, und in dieser Hinsicht auch der damals einberufene Landtag erfolglos blieb.“ Im weiteren Verlaufe des sehr umfangreichen Actenstückes wird von den Zwiespältigkeiten gesprochen, die sich sodann zwischen der Regierung und den Comitatsmunicipien ergaben. Die Regierung hofft, daß sich durch ihr bisheriges Verhalten, die politischen Ansichten nach jeder Richtung bedeutend geklärt haben und daß der Weg zur Lösung der schwebenden Fragen gegenwärtig viel gebreiter ist als im Jahre 1861 nach der Auflösung des Landtages.“ Wiewohl die Comitats seit 1848 nicht mehr die Rechte von Standescorporationen haben, will die Regierung dennoch, da keine andere geeignete Basis bisher hergestellt wurde, der Abhaltung von Congregationen vor Zusammentritt des Landes nichts in den Weg legen, ja vielmehr die Wirksamkeit der Generalcongregationen fördern. — Die Hofkanzlei wünscht daher die Befreiung aller unter den bisherigen Verhältnissen entstandenen Anstände. Unter dieser zählt sie die Disciplinar-Vorschrift vom 26. August 1863, gültig für die Comitatsbeamten. Jenen Comitatsmunicipien, welche bis zum Jahre 1850 die Mitwirkung bei der Disciplinarverhandlung der Comitatsmunicipalbeamten zufiel, und welche sich die Veröffentlichung der obigen Disciplinarvorschrift in ihrem Rechte gekränkt fühlten, wird neuerdings diese Mitwirkung zugestanden, insoweit sie sich mit der bestehenden Organisation der Gerichte verträgt. Alle bisher abgethanen, oder noch anhängigen Disciplinarfälle können unter Mitwirkung der Municipien neuerdings verhandelt und entschieden werden, insoweit der Obergespan es nicht für gut findet, von deren Verhandlung einfach abzugehen.

Der Erlaß des Justizministers an die Oberstaatsanwaltschaften in Angelegenheit der Presse, lautet wörtlich: Die Amnestie, welche Se. k. k. apostol. Majestät mit der a. h. Entschliessung vom 31. Juli d. J. für die durch die Presse begangenen strafbaren Handlungen allergnädigst zu gewähren geruht hat, ist in allen Kreisen, und zwar mit vollem Rechte, mit Befriedigung aufgenommen worden, weil darin der Beweis erbracht wurde, daß die kaiserliche Regierung der Bevölkerung mit vollem Vertrauen entgegenkommt und ein gleiches Vertrauen von ihr in Anspruch nimmt. Von dem gesunden Sinne der Völker Oesterreichs kann mit Recht erwartet werden, daß der a. h. Gnadenact nur in diesem Sinne aufgefaßt und nicht als ein Buhlen um wohlfeile Popularität gedeutet werden wird. Soll aber die erzielte Befriedigung eine dauernde werden, so muß auch künftighin das Verfahren gegen die Presse sich in der Art gestalten, daß zwar die bestehenden Gesetze gegen die dem öffentlichen Wohle wirklich schädlichen Ausschreitungen der Tagespresse mit unerschütterlicher Festigkeit gehandhabt, daß aber Alles sorgfältig vermieden werde, was den Verdacht einer tendenziösen Verfolgung zu erregen vermöchte.

Sobald in einem constitutionellen Staate das politische Leben erwacht, ist die Bildung politischer Parteien und das Ringen derselben nach Geltendmachung ihrer Grundsätze eine unvermeidliche Folge. Unter solchen Parteien kann es nun auch solche geben, welche zwar in ihren Endzielen, nämlich in der Förderung der geheiligten Interessen der a. h. Dynastie und des damit in engster Verbindung stehenden Wohles des Volkes mit einander im Einklange stehen und nur in den Mitteln und Wegen auseinander gehen, durch welche und auf welchen diese Endziele erreicht werden sollen.

Solche politische Gegner werden einander mit allen innerhalb der gesetzlichen Schranken gelegenen Mitteln bekämpfen, aber tendenziöse Verfolgungen vermeiden. In Oesterreich, wo so viele Nationalitäten neben ein-

ander bestehen, welche Se. k. k. Apost. Majestät alle mit gleicher nur durch ihre Loyalität bedingter Liebe umfaßt, fallen die politischen Anschauungen oft mit den nationalen Bestrebungen zusammen, und es würde dem von Se. k. k. Majestät wiederholt betonten Grundsätze der Gleichberechtigung nicht entsprechen, wollte man politische Anschauungen schon allein deshalb verdammen, weil sie aus Kreisen nationaler Färbung hervorgehen.

Die kaiserliche Regierung weiß in vollem Umfange den hohen Werth einer Tagespresse zu würdigen, welche, sich ihrer edlen Aufgabe bewußt, bestrebt ist; die öffentliche Meinung zu klären, den berechtigten Wünschen der Bevölkerung Ausdruck zu leihen und die Aufmerksamkeit der Regierung auf dieselben zu lenken.

Fern von jeder unzeitigen Empfindlichkeit, wird die kaiserliche Regierung eine gründliche Kritik ihrer Maßnahmen dankend entgegennehmen, wenn sich nur das Streben nach Förderung des öffentlichen Wohles darin kundgibt und der Geist der Bildung sie durchweht.

Solche Erzeugnisse der Presse müssen mit leidenschaftlicher Ruhe aufgefaßt und im Geiste der gegenwärtigen Institutionen Oesterreichs beurtheilt werden.

Wo aber die Tagespresse, ihre hohe Mission vergessend, sich mit ihren Angriffen bis auf die allerhöchsten geheiligten Kreise wagt, die Einheit und Integrität der Monarchie in den Kreis ihrer Erwägungen oder gar Bekämpfungen zieht, wo sie die Grundpfeiler jeder staatlichen Gesellschaft zu erschüttern und die Achtung vor den bestehenden Gesetzen abzuschwächen sucht, wo sie die öffentlichen Organe nur in der offenkundigen Absicht, um ihre Autorität zu vernichten, oder in einer Art angriff, die sie dem öffentlichen Gasse oder Spotte preisgibt, — da wird es unerlässliche Pflicht der staatsanwärtlichen Organe sein, nicht nur wegen solcher Ausschreitungen der Tagespresse, ohne Rücksicht auf das politische Lager, aus welchem dieselben hervorgehen, die Anklage zu erheben und mit Festigkeit aufrecht zu erhalten, sondern auch alle in dem gesetzlichen Wirkungskreise gelegenen Mittel anzuwenden, damit der richterliche Anspruch in der möglichst kürzesten Zeit erfolge.

Ich erlaube E. H. sich nicht nur mit dem Geiste tiefer meiner Ansichten vollkommen vertraut zu machen, sondern auch darüber zu wachen, daß auch die Ihrer Leitung anvertrauten Organe in demselben Sinne wirken.

Sollten E. H. in einem einzelnen Falle im Zweifel sein, ob wegen eines Artikel die Anklage erhoben werden solle, so erlaube ich, die hierortige Entscheidung, einzuspeulen. Wien, 12. August 1865. Komers.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 6. September. Se. Maj. der Kaiser beehrte gestern Vormittags 11 Uhr in Begleitung des General-Adjutanten FML. Grafen v. Grenneville die landwirthschaftliche Ausstellung in Mödling mit seinem Besuch. Se. Majestät wurde am Eingange des Ausstellungspalastes von dem Comité der Landwirthschaftsgesellschaft, den Herrn Bezirksvorstand Grusch an der Spitze, empfangen. Unter den Klängen der am Eingange aufgestellten Musikbände, welche beim Erscheinen Sr. Majestät die Volkshymne intonirte, betrat Se. Majestät den Ausstellungspalast und würdigte durch eine ganze Stunde die einzelnen Objete einer Besichtigung, wobei Se. Majestät mit den Fachmännern in huldvoller Weise sprach und sich über einzelne besonders interessante Gegenstände Aufklärung geben ließ. Se. Majestät geruhte dem Festcomité seine allerhöchste Zufriedenheit in huldvollster Weise bekannt zu geben und verließ um 12 Uhr die Ausstellungsräume, um nach Wien zu fahren.

Se. Majestät der Kaiser hat, wie der „N. Lloyd“ erfährt, gestattet, daß die dormalen noch im Besitze des Staates befindlichen lequestrirten Güter des Sabas Bukovics sammt den darauf entfallenen Grundentlastungs-Entschädigungs-Beträgen dessen zwei Kindern, nämlich der Gattin des Herrn Paul v. Uermeni, geb. Marie Bukovics und seinem Sohne Gabriel Bukovics übergeben werden.

Ihre Majestäten der Kaiser Ferdinand und die Kaiserin Maria Anna haben der Pfarrkirche N. L. F. zu Brem im Bezirk Senofetsch in Krain eine Spende von 300 fl. zukommen lassen, welche zur Wiederherstellung der durch die vorjährigen Winterstürme beschädigten Glockenthürme bestimmt ist.

Se. k. Hoheit Erzherzog Joseph begibt sich von Linz zum Besuche seines Bruders des Erzherzogs Stephan nach Franzensbad.

Der jüngst zur Stadt erhobene Kurort Franzensbad hat, dem „Narod“ zufolge, Se. Excellenz den Herrn Staatsminister, Grafen Belcredi zum ersten Ehrenbürger ernannt.

Graf Wensdorff, dessen ursprünglich auf den 1. Sept. angelegte Abreise sich bisher aus mancherlei Gründen verzögerte, geht am Freitag nach Karlsbad ab.

3. 23800. Kundmachung. (883. 1-3)

Der Ausbruch der Kinderpest zu Gliusko, Zolkiew, und Zameczek im Zolkiewer Bezirke wird zur allgemeinen Kenntniss gebracht.

N. 615. Licitations-Ankündigung (882. 1-3)

Wegen Sicherstellung der Verpackung der Spitalskostbereitung auf die Zeit vom 1. Jänner bis Ende Dezember 1866 wird für das k. k. Militär-Truppen-Spital zu Wadowice am 14. Sanok am 18. Bochnia am 25. Neu-Sandec am 26. September 1865

und den darauf folgenden Tagen um 8 Uhr Früh, und wenn keine derlei Unternehmer sich vorfinden sollten, wegen Sicherstellung der verschiedenen Erfordernisse für das obbenannte Spital, eine öffentliche Verhandlung sowohl im mündlichen als im Schriftwege bei den obigen Spitalern abgehalten werden.

Krakau, 5. September 1865.

Licitations-Ankündigung. (876. 2-3)

Von Seite der hiesigen k. k. Genie-Direction wird hiermit bekannt gemacht, daß wegen Sicherstellung der in den militär-ärztlichen Gebäuden zu Krakau, Podgórze und Lobjów, und auf den fertificatorischen Bau-Objecten in der Jahre 1866, 1867 und 1868, und respective in der Periode vom 1. November 1865 bis Ende Dezember 1868 vorzukommenden:

- a) Rauchfangkehrer-Arbeiten, b) Kanal- und Senkgruben-Räumung, c) Brunnen- und Pumpen-Arbeiten, d) Zimmermanns-Arbeit sammt Bauholz und Holzschmittwaaren-Lieferung.

am 16. October 1865 um 10 U. Vorm.

in der Bauverwaltungs-Kanzlei am Ringplatz Nr. 51, eine Offertverhandlung gegen Einbringung schriftlicher versiegelter Offerte stattfinden wird, allwo auch die hierauf bezüglichen Bedingungen zu den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden können, daher nur die Wesentlichsten hier aufgeführt werden.

- 1. Die betreffenden Offerten haben ihrem mit einer 50 kr. Stempelmarke versehenen Offerte die nachstehenden Badien beizuschließen und zwar: a) für die Rauchfangkehrer-Arbeiten in Podgórze 40 fl. für die Rauchfangkehrer-Arbeiten in Krakau und Lobjów. 150 fl. b) für Kanal- und Senkgruben-Räumung in allen militär-ärztlichen oder vom Aetaz gemieteten Gebäuden in Podgórze 25 fl. desgleichen in Krakau und Lobjów 125 fl. c) für die Brunnen- und Pumpen-Arbeiten in Krakau und Podgórze, jedoch ausschließl. der bereits contrahirten Instandhaltung der Maschinen-Brunnen in Lobjów, am Castell und in den Thürmen Benedict und Krzemionki 100 fl. d) für die Zimmermanns-Arbeiten sammt Bauholz- und Holzschmittwaaren. 1000 fl.

Die erlegten Badien werden den Nichterstherrn gleich nach der Verhandlung rückgestellt, während die Ersterer solche gleich nach Genehmigung ihres Anbotes auf den doppelten Betrag zu erhöhen haben.

Zu dieser Offertverhandlung werden nur solche Unternehmer und Werkmeister zugelassen, welche dem Militär-Aetaz die vorgeschriebene Sicherheit leisten und sich mit einem im Laufe dieses Jahres angestellten Certificate der Handels- und Gewerbekammer über ihre Verlässlichkeit und Befähigung zur Uebernahme der ausgeschriebenen Arbeiten, ausweisen können.

3. Die Preis-Anbote sind in nachstehender Art zu stellen, und zwar:

- a) Bei den Rauchfangkehrer-Arbeiten mit dem Preis-Anbote für die einmalige Reinigung eines Kamins ohne Unterschied der Stöckwerkhöhe und einschließl. der Defen- und Rauchrohren-Reinigung. b) Bei der Kanal- und Senkgruben-Reinigung mit einem jährlichen Pauschalbetrage. c) Bei den Brunnen- und Pumpen-Arbeiten, dann der Zimmermanns-Arbeit sammt Bauholz- und Holzschmittwaaren-Lieferung in Procenten-Nachlässen oder Zuschüssen auf die bestehenden Tarif-Preise.

Diese Anbote müssen genau und deutlich, und sowohl mit Ziffern als mit Buchstaben angelegt sein.

- 4. Jedes Offert muß mit dem Vor- und Zunamen des Offertanten, oder bei mehreren Mitoffertanten auch mit der Hinweisung auf die Solidar-Verpflichtung unterfertigt sein. 5. Der Offertant muß sich im Offerte ausdrücklich erklären, daß er sich den ihm bekannten allgemeinen und speciellen Bedingungen und Preisstarifen auch dann unterwerfe, wenn sein Anbot nur auf eine kürzere Zeit als die im Eingange dieser Kundmachung ausgesprochene Dauer genehmigt werden sollte. 6. Auf Offerte, welche den hier angeführten Bedingungen nicht vollkommen entsprechen, wird eben so wie auf nachträgliche, erst nach Beginn der Verhandlung überreichte Offerte, diese mögen wie immer beschaffen sein, keine Rücksicht genommen.

K. k. Genie-Direction Krakau am 31. August 1865.

Kundmachung. (881. 2-3)

Von Seite der hiesigen k. k. Genie-Direction wird hiermit bekannt gemacht, daß wegen Verpackung der Begrabung und des Laubwerkes auf den, im Garten und vor dem Hauptgebäude der Artillerie-Schul-Compagnie zu Lobjów gelegenen Gras-Plätzen, auf die Zeit vom 1. Jänner 1866 bis Ende Dezember 1868

am 16. October 1865

um 10 Uhr Vormittags in der k. k. Militär-Bau-Verwaltungs-Kanzlei Nr. 51 am Ringplatz eine Offert-Verhandlung gegen Einbringung schriftlicher versiegelter Offerte wird abgehalten werden.

- 1. Die Gesamtfläche der zu verpachtenden Gras-Plätze beträgt 7 Joch 763 Du.-Klafter. 2. Jeder Offertant hat 5% des offerirten jährlichen Pachtzinses als Badium dem Offerte beizuschließen. 3. Die bezüglichen schriftlichen versiegelten und mit einer 50 kr. Stempelmarke versehenen Offerte können schon früher, spätestens aber bis zur vorbezeichneten Stunde in der gedachten Kanzlei, allwo die näheren Bedingungen täglich zu Sebermanns Einsicht vorliegen, überreicht werden. 4. Der Anboth des jährlichen Pachtzinses muß sowohl mit Ziffern als mit Worten bestimmt und deutlich angegeben, der Vor- und Zuname des Offertanten beigefügt und auch der Wohnort desselben genau angegeben sein. 5. Der halbjährige Zins ist stets im Vorhinein am 1. Jänner und 1. Juli jeden Jahres zu entrichten. 6. Dem Offerte muß die Erklärung beigefügt werden, daß sich der Offertant den ihm bekannten Bedingungen in allen Punkten, und auch selbst dann unterwerfen wolle, wenn der Contrahent auch nur auf eine kürzere Zeit, als die mit dieser Kundmachung ausgeschriebene Dauer, genehmigt werden sollte.

K. k. Genie-Direction. Krakau, 1. September 1865.

N. 791. Kundmachung (887. 1-3)

Vom Rzeszower k. k. Kreisgerichts-Präsidium wird bekannt gemacht, daß zur Sicherstellung der Erfordernisse des Rzeszower k. k. Kreisgerichtes und Gefangenhauses, als: der Beköstigung der gesunden und kranken Häftlinge mit einem Badium von 833 fl., dann 276 n. ö. Klafter harten Brennholzes mit einem Badium von 245 fl., 42 Pfund Milcherzen, 264 Pfund Muschlitzerzen, 1496 Pfund Brennöl, 69 Ellen-Hohldochte, 8369 Stück Lampendochte, 250 Pfund Seife, 284 Pfund Schweinfett mit Knochenmark vermischt mit einem Badium von 110 fl.; der Kanzlei-Materialien, als: 181 Ries Papier verschiedener Gattung, 228 Bund Federtiele, 19 Pfund Siegellack, 400 Ellen Reibschur n. s. w. mit Badium pr. 96 fl.; Buchbinderarbeiten mit Badium von 17 fl.; dann Arrestanten-Befleidung und Beschuhung mit Badium pr. 31 fl.; der Erfordernisse zur Anfertigung und Reparatur der Arrestanten-Montur und Wäsche, des Arrestanten-Lagerstrosches, 1064 Stück Birkenkehrer, des Materials an Ziegeln, Kalf, Brettern, Nägeln u. s. zu geringeren Hausreparaturen, der Binder, Schlosser, Glaser- und Schmiedearbeiten mit Badien von 2 fl. bis 20 fl. für das Solarjahr 1866, die öffentliche Licitation am 25. September 1865 Vormittags 9 Uhr und den nächst folgenden Tagen bei diesem k. k. Kreisgerichte stattfinden wird, wo auch die Licitations-Bedingnisse eingesehen werden können.

Auch können vorschriftsmäßig eingerichtete Offerte über einzelne in eine Kategorie fallende Erfordernisse bis zum Beginne der Licitation bei dem k. k. Kreisgerichts-Präsidium, und sodann bis zum Schlusse der Licitation bei der Licitations-Commission überreicht werden. Rzeszow, am 5. September 1865.

3. 11352. Edict. (877. 2-3)

Vom k. k. Kreisgerichte in Tarnow wird hiemit bekannt gegeben, es werde über das gesammte wo immer befindliche bewegliche, dann über das in jenen Kronländern, in welchen das kais. Patent vom 20. November 1852 Nr. 251 R. G. Bl. in Wirksamkeit ist, gelegene unbewegliche Vermögen des Jakob Ohrschtzer, Producenten in Tarnow, der Concurs eröffnet.

Es werden daher unter Bestellung des hierortigen Gerichts-Advocaten Dr. Jarocki mit Substituierung des Ern. Adv. Dr. Rosenberg zum Concursmassa-Vertreter und provisorischen Vermögens-Verwalter, die betreffenden Gläubiger aufgefordert, ihre auf was immer für ein Recht sich gründenden Ansprüche bei diesem k. k. Kreisgerichte bis zum 27. November 1865 um so gewisser anzumelden, widrigenfalls sie ungeachtet des ihnen etwa gebührenden Eigenthums-Prioritäts oder Pfandrechtes von der Concurs-Verhandlung ausgeschlossen und aller Ansprüche auf die Concursmassa verlustig sein würden.

Zugleich wird zur Einberufung der Gläubiger über die Wahl des definitiven Cridavermögens-Verwalters und des Gläubiger-Ausschusses eine Tagfahrt auf den 28. November 1865 um 3 Uhr Nachmittags bestimmt, zu welcher die betreffenden Gläubiger bei Vermeidung der Folgen des Ausbleibens nach § 95 G. D. hiergerichts zu erscheinen haben.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes. Tarnow, am 24. August 1865.

L. 2496. Edykt. (869. 3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd spadkobiercom zmarłego Jana Lanzingera niewiadomy mwiadomo czyni,

że p. Joachim Borzęcki jako kurator, nieobecnego Antoniego Lanzingera przeciw nim i Maryannie Lanzinger o zapłacenie czynszu z pomieszkania pod nr. 268 i 269 w Wieliczce w kwocie 350 złr. w. a. pozew wytoczył, wskutek którego do ustnego postępowania termin na dzień 26 września 1865 o godzinie 9 przed południem wyznaczony został.

Gdy spadkobiercy tegoż Sądowi wiadomi nie są, to dla ich zastępowania ustanawia się pana Piotra Zaworskiego, obywatela w Wieliczce za kuratora, i o tém zawiadamia się kurandów tym edyktem.

Zarazem tym spadkobiercom się nakazuje, ażeby kuratorowi dokumenta do ich obrony służące przed tym terminem wręczyli, lub sobie innego obrońcę ustanowili, albowiem w przeciwnym razie skutki z niedostatecznego ich zastępowania własnemu przewinienu przypisać będą musieli.

C. k. Sąd powiatowy. Wieliczka, 14 sierpnia 1865.

L. 5131. Edykt. (878. 3)

C. k. Sąd obwodowy Rzeszowski niniejszym wiadomo czyni, że na zaspokojenie przez Malke Glasscheib przeciw p. Karolinie hr. Skorupkowej i p. Julii hr. Krasieckiej wywalczonej, i od tej p. Dr. Morawskiemu, a od tegoż p. Karolowi Kaczkowskiemu odstapionej sumy wekslowej 3000 złr. m. k. czyli 3150 złr. w. a. po odtrąceniu na rachunek zapłaconej kwoty 1301 złr. 34 kr. w. a. z procentami po 6% od dnia 19 listopada 1853, tudzież kosztami sporu i egzekucyi w ilościach 4 złr. 45 kr. m. k. czyli 4 złr. 96 kr. w. a., 6 złr. 42 kr., 18 złr. 35 kr., 371 złr. 46 1/2 kr. i 44 złr. 15 kr. w. a., dalej na zaspokojenie wywalczonej przez tegoż p. Karola Kaczkowskiego jako prawonabywy p. Adama Morawskiego przeciw p. Karolinie hr. Skorupkowej pretensyi wekslowej w kwocie 1500 złr. w. a. z procentami po 6% od 13 stycznia 1860 i kosztami w ilościach 2 złr. 74 kr., 5 złr. 83 kr., 18 złr. 1/2 kr., 37 złr. 90 kr., 37 złr. 83 kr. i 12 złr. 75 kr. w. a., nakoniec na zaspokojenie pretensyi p. Chaji Feigi Siegel w kwocie 8660 złr. m. k. czyli 9093 złr. w. a. z przynależnościami przymusowa sprzedaż dóbr Dąbrowica z przyl. w obwodzie Rzeszowskim, powiecie Tarnobrzegskim położonych, ut dom. 223, pag. 414, 415, n. haer. 10, 11 do p. Karoliny hr. Skorupkowej należących w nowym terminie dnia 28 września 1865 o godzinie 10 zrana, pod warunkami w edykcie tutejszo-sądowym z dnia 5 maja r. b. do l. 2027 w gazecie Krakowskiej nr. 134, 158, 149 ogłoszonym zawartymi, w tutejszym c. k. Sądzie obwodowym odbędzie się. — O rozpisaniu tej sprzedaży uwiadomiamy się obydwie strony, tudzież wierzyciele hipotekowani do rąk własnych, zaś ci, którzyby z pretensyami swemi po dniu 22 grudnia 1865 do tabuli krajowej weszli i ci, którymby mniejsza uchwała z jakiegobądź powodu albo zupełnie, albo też w swym czasie doreczana nie została, do rąk kuratora w osobie adw. p. Dra. Rybickiego im poprzednio ustanowionego. Z Rady c. k. Sadu obwodowego. Rzeszow, 25 sierpnia 1865.

L. 14092. Edykt. (868. 3)

C. k. Sąd krajowy w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem Izaka Fass z miejsca pobytu niewiadomego, iż celem doreczenia mu rezolucyi tutejszo-sądowej z dnia 18 maja 1864 l. 7035 jednoczesnie ustanowiono dla kuratora w osobie tutejszego adwokata p. Dra. Zuckra. Kraków dnia 21 sierpnia 1865.

L. 15807. Edykt. (874. 3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski jako Sąd wekslowy niniejszym edyktem niewiadomego z miejsca pobytu p. Antoniego Marcelo Bugajskiego zawiadamia, iż przeciw niemu p. Józef Hirschberg pod dniem 17 sierpnia 1865 do l. 15807 wniósł w Sądzie tutejszym pozew z prośbą o wydanie nakazu zapłaty należności wekslowej w kwocie 320 złr. w. a. z przyn., w załatwieniu którego Sąd dla niewiadomego z miejsca pobytu kuratora w osobie p. adw. Dra. Zyplikiewicza z zastępstwem p. adw. Dra. Altha ustanowił i do rąk tegoż kuratora pozwanemu zapłacenie powyższej sumy z przyn. w 3 dniach pod egzekucją wekslową polecił. Jest więc rzeczą p. Antoniego Marcelo Bugajskiego, potrzebnych do obrony środków ustanowionemu dla siebie kuratorowi, lub wreszcie innemu przez siebie wybranemu obrońcy tém pewniej udzielić, ile że w razie przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał. Kraków, dnia 21 sierpnia 1865.

N. 3061. Edykt. (888. 1-3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd i instancya pertraktacyjna w Nowym Targu czyni wiadomo, że dnia 9 kwietnia 1862 r. w Chochołowie umarł Szymon Kois z pozostawieniem kodycylnego ostatniej woli rozporządzenia. Ponieważ miejsce pobytu jego syna Jędrzeja Kois Sądowi nie jest wiadome, przeto wyzywa się go, aby w przeciagu jednego roku od niniejszej daty licząc, do tutejszego Sadu zgłosił się i oświadczenie do objęcia ojcowskiego spadku złożył, w przeciwnym bowiem razie spadek ze zgłoszeniem się spadkobiercami i ustanowieniem zastępcę Franciszkiem Kois przeprowadzonym będzie. Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sadu. Nowy Targ, dnia 25 sierpnia 1865.

In der Spezerei- & Wein-Handlung des Hugo Arlt Nicolaigasse Nr. 425 langen täglich an: Pfirsiche, frische Feigen, Weintrauben (Bj. 20 fr.) und sonstiges Obst zu billigten Preisen. Außerdem Mehl, Gries, Kascha, Dreibefe u.

Ein auf den Namen Wilhelm Powski am 18. Mai 1865 ausgefertigter Paß ist am 3. September d. J. in Verlust gerathen. Der ehrl. Finder wolle denselben im National-Hotel (Josefsgasse) Nr. 3 abgeben, wo er eine angemessene Belohnung erhält. (879. 3)

Wiener Börse-Bericht vom 5. September.

Table with columns: A. Des Staats, B. Der Kronländer, Grundrenten-Obligationen, Actien (pr. St.), and various bond and stock prices.

Table with columns: Nationalbank, Credit-Anstalt, and other financial institutions with their respective values.

Table with columns: Nationalbank, Credit-Anstalt, and other financial institutions with their respective values.

Table with columns: Nationalbank, Credit-Anstalt, and other financial institutions with their respective values.

Table with columns: Nationalbank, Credit-Anstalt, and other financial institutions with their respective values.

Table with columns: Nationalbank, Credit-Anstalt, and other financial institutions with their respective values.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres

Table with columns: Abgang, Anknunft, and train schedules for various destinations like Krakau, Wien, Breslau, etc.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with columns: Barom.-Höhe, Temp., Relative Feuchtigk., Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, and Wenderung der Wärme im Laufe des Tages.